

Pressemitteilung

SPD nicht überzeugt von ZAKB-Argumenten Nur wenn die Lorschener Bürger es wollen, wird es einen Beitritt geben

Unter den gegebenen Umständen kann sich die Lorschener SPD-Fraktion nicht für einen Beitritt zum Abfallzweckverband des Kreises Bergstraße (ZAKB) entscheiden. Das war das Fazit der Beratung in Vorstand und Fraktion der Sozialdemokraten. Die bisherige Argumentation der ZAKB-Verantwortlichen und die Erläuterungen durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung haben noch nicht überzeugen können. Es seien nach gründlicher Durchsicht der vorhandenen Unterlagen einige Fragen offen, da die Vorteile gegenüber der seitherigen Abfallgebührensatzung nicht zu erkennen seien. Auch wenn es im Einzelfall zu niedrigeren Gebühren kommen könne, bei reduzierter Leistung, so sei für die große Masse kein eindeutiger Vorteil zu erkennen.

Bisher habe es fast keine positiven Beiträge von Bürgern für einen Beitritt zum Abfallzweckverband gegeben. Das Gegenteil sei der Fall. Wenn man die Presseartikel im Bergsträßer Anzeiger verfolge, so sei das in Kommunen, wo der Beitritt bereits erfolgt sei, zum Beispiel Heppenheim, auch nicht der Fall. In Bensheim würden Container vor öffentlichen Gebäuden (z. B. auf Schulhöfen) mit Ketten und Schlössern gesichert, da sie sonst überlaufen würden. Die Bürger fühlten sich über den Tisch gezogen.

Ursprünglich, so hatte die SPD bei der Jahreshauptversammlung beschlossen, wollte sie ein Informationsforum zum Thema Abfallzweckverband veranstalten. Da die Stadt jetzt aber zeitnah zu einer Bürgerversammlung eingeladen habe, 11. April, 19 Uhr, werde die SPD keine Konkurrenzveranstaltung durchführen. Fraktionssprecher Rolf Scheyhing will das Ergebnis der Bürgerversammlung abwarten, um dann weitere Schritte mit den Stadtverordneten zu beraten. Es gebe keinen Grund zur Eile. Er verstehe zwar, dass es für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung (und im Endeffekt auch für Kommunalpolitiker) einfacher sei, wenn sie sich nur noch am Rande mit der Müllabfuhr beschäftigen müssten und dass man auch Personalkosten einsparen könne, es dürfe aber nicht dazu kommen, dass Zusatzleistungen der Stadt dann über allgemeine Steuermittel bezahlt würden.